

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

Zürich, 15. Dezember 2020

**Dossier 7060, «Tagesschau Hauptaussage» vom 30. Oktober 2020,
«Mehrheit stützt die neusten Corona-Massnahmen des Bundesrats»**

Sehr geehrter Herr X

Mit Mail vom 8. November beanstanden Sie obige Sendung bzw. den ergänzenden online-Artikel wie folgt:

«Im Titel, im Lead und auch im zugehörigen Tagesschaubericht wurde Hofberichterstattung betrieben. Aus den Umfragen ist ersichtlich, dass das Vertrauen in den Bundesrat schwindet und das trotz des Schweigens über das Strategiepapier des BAG. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf zur Mitigations-Strategie des Bundes informiert zu werden. Obwohl bis heute darüber bei SRF nicht berichtet wurde, verliert die Bevölkerung das Vertrauen in den Bundesrat. Es scheint mir als würde SRF versuchen das Vertrauen in den Bundesrat mit Hofberichterstattung zu stützen, statt die Bevölkerung zu informieren.»

Die **Redaktion** nimmt wie folgt Stellung: Am 29. Oktober traten in der Schweiz wieder strikere Massnahmen gegen das Corona-Virus in Kraft. Noch vor diesem Beschluss des Bundesrates hat das Forschungsinstitut Sotomo im Auftrag der SRG eine Umfrage zu diesen unterschiedlichen Massnahmen und zum Vertrauen in die Behörden durchgeführt. Der Vorzug der Ergebnisse dieser Umfrage wurde SRF am 30. Oktober zur Verfügung gestellt (vgl. Beilage), die eigentliche Studie erschien erst in der Woche darauf. Die kritisierte Berichterstattung hat die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage thematisiert.

Keine Hofberichterstattung

Der Beanstander meint, wir hätten *«Hofberichterstattung betrieben»*. Damit sind wir nicht einverstanden. Wir haben in unserer Berichterstattung sachlich und neutral über die Umfrage-Ergebnisse berichtet.

Dass gemäss der Umfrage rund zwei Drittel der Bevölkerung die vom Bundesrat angeordneten Massnahmen unterstützt, ist eine Tatsache. Der vom Beanstander kritisierte Titel des online-Artikels (*«Mehrheit stützt die neusten Corona-Massnahmen des Bundesrates»*) und der Lead des online-Artikels (*«Die Mehrheit der Bevölkerung steht hinter den neuen Corona-Massnahmen. Viele wünschen sich aber eine Verschärfung»*) sind also inhaltlich korrekt und geben die wichtigsten Ergebnisse der thematisierten Umfrage kondensiert wieder.

Zudem haben wir in unserer Berichterstattung auch erwähnt, wo die Bevölkerung der Sicht des Bundesrates kritisch gegenübersteht. So wies Michael Hermann von Sotomo im Tagesschaubeitrag zum Beispiel ausdrücklich darauf hin, dass etwa fünfzig Prozent der Bevölkerung weitergehende Massnahmen wollte als sie der Bundesrat schliesslich angeordnet hatte. Wörtlich hiess es im Beitrag:

Michael Hermann, Leiter Forschungsstelle Sotomo:

«Zwei Drittel der Bevölkerung finden diese Massnahmen sind wichtig und richtig. Aber es gibt dann noch eine Hälfte, also etwa fünfzig Prozent der Befragten finden, man müsse weitergehen. Man müsse eben auch einen Mini-Lockdown in Betracht ziehen, der ja jetzt vorläufig ausgeschlossen wurde vom Bundesrat. Also da ist die Gesellschaft ziemlich genau in zwei gleich grosse Hälften gespalten.»

Auch im online-Artikel wurde klar, dass ein grosser Teil der Bevölkerung entgegen dem Entscheid des Bundesrates einen Kurz-Lockdown begrüsst hätte. Wörtlich hiess es im online-Artikel:

Geteilt sind die Meinungen dagegen bei der Frage, ob der Bundesrat einen sogenannten «Kurz-Lockdown» – also die temporäre Schliessung des öffentlichen, wirtschaftlichen Lebens für wenige Wochen – beschliessen sollte. «Die Hälfte der Befragten würde das befürworten und findet, die Massnahmen müssten noch weiter gehen als bisher», sagt Sotomo-Leiter Michael Hermann. Mehrheiten für einen «Kurz-Lockdown» gibt es insbesondere bei den älteren Befragten.

Wir haben also sowohl im online-Artikel als auch im Tagesschau-Bitrag sachlich und neutral berichtet und auch darauf hingewiesen, wo die Sicht der Bevölkerung von derjenigen des Bundesrates abweicht. Selbstverständlich hätten wir auch über die Umfrageergebnisse berichtet, wenn sich die Bevölkerung in der Umfrage grossmehrheitlich gegen die vom

Bundesrat angeordneten Massnahmen ausgesprochen hätte. Von «Hofberichterstattung» kann also keine Rede sein.

Vertrauen in den Bundesrat

Während es beim grössten Teil der Umfrage um die Sicht der Bevölkerung auf die konkreten Massnahmen ging, widmete sich ein kleinerer Teil der Umfrage der Frage des Vertrauens in die Behörden.

Die online-Redaktion hat die Umfrageergebnisse zum Thema «Vertrauen in den Bundesrat» in ihrem Artikel ebenfalls aufgegriffen. Wörtlich hiess es:

Während Monaten war das Vertrauen einer klaren Bevölkerungsmehrheit in den Bundesrat gross. In der Befragung von Ende Oktober zeigt sich nun ein anderes Bild: Skeptische und vertrauensvolle Stimmen halten sich nun beinahe die Waage. Nur noch 37 Prozent der Befragten gaben an, dass sie grosses oder sehr grosses Vertrauen in den Bundesrat in Bezug auf die Bewältigung der Coronakrise hätten.

Das Thema «Vertrauensverlust in den Bundesrat» wurde von SRF also durchaus thematisiert.

Die Tagesschau-Redaktion hat ihrerseits darauf verzichtet, dieses Thema aufzugreifen. Sie ging davon aus, dass die Umfragewerte zur Frage des Vertrauens in den Bundesrat durch den Bundesratsentscheid vom 28. Oktober allenfalls am Tag der Berichterstattung bereits überholt sein werden. Das hat sich bestätigt. Aufgrund des Bundesratsentscheids vom 28. Oktober machte Sotomo eine Nachbefragung, die schliesslich am 5. November 2020 veröffentlicht wurde. Darin hiess es wörtlich:

«Massnahmen stoppen Vertrauenserosion in Bundesrat: Bloss 37 Prozent der Befragten gaben vor der Verschärfung der Massnahmen an, dass sie grosses oder sehr grosses Vertrauen in den Bundesrat haben (im Juni waren es noch 66 %). In den Tagen danach stieg dieser Wert allerdings wieder auf 44 Prozent an (Abb. 47).»

Die Tagesschau hat also aus journalistischen Überlegungen ausschliesslich auf die Umfrageergebnisse zu den Massnahmen fokussiert – und nicht etwa aus Rücksicht auf den Bundesrat. Anzumerken ist an dieser Stelle zudem, dass die Redaktionen aufgrund der rechtlich garantierten Programmautonomie frei sind in der Wahl und der Umsetzung eines Themas. Dazu gehört auch die Freiheit einer Redaktion, sich auf einen bestimmten Aspekt eines Themas zu fokussieren.

Strategiepapier des BAG / Mitigationsstrategie des Bundes

Der Beanstander schreibt vom *«Schweigen über das Strategiepapier des BAG.»* Und weiter: *«Die Bevölkerung hat ein Recht darauf zur Mitigations-Strategie des Bundes informiert zu werden. Obwohl bis heute darüber bei SRF nicht berichtet wurde, verliert die Bevölkerung das Vertrauen in den Bundesrat.»*

Anzumerken ist hier, dass wir in zahlreichen Berichten und Interviews über die Strategie des Bundesrates sachlich und auch kritisch berichtet haben. Ein zentraler Punkt des vom Beanstander erwähnten Strategiepapiers war, dass ein zweiter Lockdown vermieden werden sollte (vgl. auch Artikel *«Die Schweiz riskiert den Sonderfall»*, im Tages-Anzeiger vom 31. Oktober 2020). Diese Aussage hat der Bundesrat bereits früher mehrfach öffentlich gemacht und wurde von SRF verschiedentlich thematisiert.

Die **Ombudsstelle** hat sich ebenfalls eingehend mit der beanstandeten Sendung befasst und hält fest:

SRF hat als öffentlicher Sender einen Informationsauftrag, gerade bei reinen Informationssendungen wie der *«Tagesschau»*. Es geht um Transparenz und nicht um Meinungen oder politische Positionierungen.

SRF hat seit Ausbruch der Corona-Pandemie ungezählte Beiträge gesendet und über die Beschlüsse der Regierung informiert. Der Sender überträgt sämtliche Medienkonferenzen des Bundes zu Covid19 live und unfiltriert. Somit auch die kritischen Fragen der Medienschaffenden.

Es ist richtig, dass vor allem während des Lockdowns die Beschlüsse der Regierung wenig hinterfragt wurden. Die Ungewissheit war gross, das Bedürfnis nach glaubwürdiger Information ebenso. Da war es naheliegend, dass man der Regierung, der ein wissenschaftliches Beratergremium zur Seite stand, Glauben schenkte. Mit Ausbruch der zweiten Welle war die Kritik schon etwas grösser, aber angesichts der besorgniserregenden Situation im Gesundheitswesen immer noch moderat. Wie die Redaktion in ihrer Stellungnahme ausführt, hat Michael Hermann, Leiter Forschungsstelle Sotomo, diese Stimmung auch empirisch nachgewiesen. Dass SRF in der von Ihnen kritisierten *«Tagesschau»* nicht über die 63 Prozent berichtete, die kein grosses oder sehr grosses Vertrauen in den Bundesrat haben, hat nicht mit bewusster Manipulation zu tun, sondern mit der zu dieser Zeit berechtigten anderen Schwerpunktsetzung.

Wenn der Beanstander die Berichterstattung von SRF zum heutigen Zeitpunkt, also gut einen Monat nach der beanstandeten Sendung, beurteilen müsste, würde er feststellen, dass auch die Informationssendungen von SRF die Regierung vermehrt kritischer unter die Lupe

nehmen. Weil mittlerweile erheblich mehr Wissen über die Pandemie vorhanden ist und weil sich heute die wahren Probleme unseres föderalistischen Systems in Bezug auf die Corona-Krise zeigen. Nicht primär die nach wie vor wissenschaftlich begründbaren Massnahmen müssen kritisiert werden, sondern die fehlerhafte Kommunikation. Diese fehlende Glaubwürdigkeit und damit einhergehend auch das sinkende Vertrauen in die Behörden wird heute auch von SRF wiederholt thematisiert (zum Beispiel gerade wieder in der «Arena» vom Freitag, 11. Dezember).

Wir können deshalb keinen Verstoss gegen das Radio- und Fernsehgesetzes feststellen, hoffen aber, dass Sie dem öffentlichen Sender trotz Ihrer Kritik weiterhin treu bleiben.

Sollten Sie dennoch in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG.D